

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringselgeld monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, einschließlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Verlagsort: Dresden. Verlagsnummer: 1084. Erscheinungstag: Montag bis Freitag.

Inserate werden die halbjährigen Beiträge mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 198.

Dresden, Dienstag den 27. August 1912.

23. Jahrg.

Kinder oder Junker?

Die wachsende Teuerung ist ebenso eine internationale Erscheinung wie der jähe Rückgang der Geburten. Beide Erscheinungen der Weltwirtschaft stehen in engem Zusammenhang. Daher kann weder das eine, noch das andere Problem gelöst werden, wenn sie nicht gemeinsam ihren Ausgleich finden.

Gegenwärtig leben wir wieder in Deutschland unter einem unerträglichen Hochstand der Teuerung. Die Wortführer der protestantischen und katholischen Junker, die — als Parteien organisiert — Konserwativen und Zentrum heißen, pflegen die Klagen über die heimliche Teuerung damit zu beantworten, daß ja auch alles im Ausland teurer wird. Das ist richtig. Aber diese Soldatenscheißer und Goldschreier des Großgrundbesitzes entzweigen mit diesem Eingeständnis die ganze Wirtschaftspolitik, die sie doch gerade aufrecht erhalten wollen. Der Hochschulgeld wurde und wird begründet mit der billigen Produktion des Auslandes, deren freier Wettbewerb für das Inland gefährlich wäre. Wird jetzt zugegeben, daß auch im Ausland alle Preise so gestiegen sind, daß selbst die Grenzöffnung und Zollvereinfachung nichts mehr nützen wird — nun warum öffnet man nicht die Grenzen und erleichtert die Abfuhr, wenn die verbilligte und entlastete Einfuhr, nach der eigenen Behauptung, nicht mehr imstande wäre, die heimischen Hungerpreise zu senken?

Wenn sich die Feindinteressen gleichwohl weigern, diese Maßnahmen zuzulassen, wenn Negierungen, Konserwativen und Zentrum um einiger Tausend Großgrundbesitzer willen die Volksernährung und die Volksgesundheit zerrütten, so ist die wahre Ursache dieses freudigen Widerstandes der ungewöhnliche Anspruch der standesgemäß Schwarzen, daß — obwohl das Ausland keine rühmliche Konkurrenz mehr zu leisten vermag — die deutschen Preise doch noch weit über die ohnehin hohen Weltmarktpreise getrieben werden sollen. Dieser Anspruch ist erreicht, Deutschland ist heute das Land der teuersten Fleisch- und Wurstpreise, während Löhne und Einkommen der Masse tief unter den Lebensbedingungen der anderen gleichartigen Industriestaaten stehen. Die Teuerung ist international, aber die deutsche Teuerung übersteigt die internationale Erscheinung ins Schreckliche.

Die Massen des deutschen Volkes haben keinen Vorteil mehr davon, ob die Getreide gut oder schlecht ist. Im Vorjahre hatten wir eine ausgereichende Getreideernte. Das deutsche Volk hatte deshalb kein billiges Brot; denn die Junker schaffen durch die als Ausfuhrprämie wirkenden Einfuhrzölle das deutsche Getreide aus dem Lande, so daß russisches Vieh billiger mit deutschem Getreide gefüttert wurde, als deutsche Kinder mit deutschem Brot. Gegenwärtig lauten — wegen der nahen Witterung — die Erntevorhersagen zum Teil ungünstig. Die Preise steigen also erst recht, da die Zollmauer den Ausgleich durch glänzende Auslandsimporte hindert.

Die Dürre des vorigen Jahres hatte die Bauern genötigt, wegen der Futtermittelnot ihr Vieh auf den Markt zu werfen. Vorteil haben die Verbraucher nicht gehabt. Denn der Zwischenhändler holte jetzt doppelt und dreifach nach, was er früher — bei geringerem Angebot — weniger verdient haben mochte. Außerdem hatten in solchen Zeiten die von der Futtermittelnot betroffenen Großgrundbesitzer ihre Viehbestände vom Markt zurück. Schlechte Futterernte, schlechte Viehpreise für den Bauer — Teuerung für die Masse des Volkes. Gute Futterernte — noch höhere Vieh- und Fleischpreise, aber nicht für den Bauer, der jetzt die Viehverluste wieder ausgleichen muß und nichts zu verkaufen hat, sondern für den Großgrundbesitzer, der das Vieh, das er jetzt seine hollen Ställe lichtet und abmachtet für das Volk. Daher weigern sich die Großgrundbesitzer, die Futtermittelnot aufzuheben, sie schaffen den Gewinn nicht nur aus dem Hunger der Masse der Verbraucher, sondern auch aus der — in Futtermittelnot — notwendigen Viehverkaufung der Bauern. Die Futtermittelnot ist ein Verschleierungsmittel am konsumierenden Volke wie am produzierenden Bauer. Sie werden aufrecht erhalten durch die wuchernden Großgrundbesitzer und ihre parteipolitischen Zuträger: die Konserwativen und das Zentrum.

Die sehr vorläufig schätzende Arbeitsmarktkorrespondenz hat, wie wir längst bereits mitteilten, berechnet, daß im Durchschnitt die wöchentlichen Haushaltungskosten für Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie seit Juli 1911 um 1,73, seit Januar 1912 um 2,80 (auf 28,10 M.) gestiegen sind. Der Jahresverdienst müßte also seit dem Januar 1911 um 135 M. gestiegen sein, wenn nur ein Ausgleich für die Lebensmittelpreise erreicht werden soll — ganz abgesehen von der zunehmenden Teuerung aller anderen Dinge, Wohnung, Heizung, Kleidung und den wachsenden Steuern. Und die Lebensmittelpreise steigen unaufgeklärt, zu den hohen Fleischpreisen gesellen sich jetzt hohe Brotpreise.

Und all diese Not um etlicher Tausend Großgrundbesitzer willen. Denn auch die Bauern werden durch das heutige System schwer belastet. Die rachslose Zollbelastung der Futtermittel — der Getreidezoll belastet das Rilo Schweinefleisch mit 5 1/2 Pf., der Weiszoll mit 11 Pf. (nach Berechnungen Kuenhagens) — beweist allein, daß ausschließlich das Interesse der alles produzierenden Junker die deutsche Agrarpolitik bestimmt hat.

Die notwendige Wirkung stellt sich jetzt ein: Die Geburtenzahl geht so stark zurück, daß die Wissenschaft bereits

von einem katastrophalen Geburtensturz spricht. Die Durchschnittsalter kommen bereits mit ihren Mitteln: Buchhausstrafen für die Anknüpfung von Mitteln zur Verhütung der Konzeption und dergleichen.

Bisher ist das Industrie-Proletariat die unerschöpfliche Quelle der Bevölkerungszunahme gewesen. Die künstliche Einschränkung der Geburten war bisher Sitte der Bevölkerungskreise, die ihren Besitz nicht durch alzu große Erbteilung gefährdeter oder für eine gute Erziehung ihrer Kinder Sorge tragen wollten.

Dem besitzlosen Proletariat, das sein Erbe zu verstellen und keine Hoffnung hat, seine vielen Kinder für höhere Verufe zu erziehen, ist die Zunahme der deutschen Bevölkerung zu danken. Die großstädtische Wohnungsnot selbst hat diese Fruchtbarkeit nicht wesentlich gehemmt; man hauste eben in grauendhaft überfüllten Kellern.

Jetzt aber tritt die Teuerung der Nahrung hinzu, und nun beginnt sich die Entwicklung zu ändern. Gustav Brüger hat kürzlich in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik „Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt“ untersucht. Eines der wichtigsten Ergebnisse seiner sorgfältigen Berechnungen ist der Nachweis, wie die Zunahme der Familie bei der Teuerung der Lebensmittel auf die Lebenshaltung wirkt. Die gleiche Lebenshaltung können erreichen: die Familien mit 4—6 Mgl. u. 1200—1300 M. Einkommen

• • • • •	6	• • • • •	1900—2000
• • • • •	8	• • • • •	2300—2400

Der Verfasser fügt hinzu, daß der nächste verheiratete Arbeiter, der heute unter 1500 M. jährlich verdient, mit vollem Rechte die Forderung der Lohnsteigerung stellt.

Erkennt man in der obigen Tabelle, in welcher Weise mit jedem Kinde der Lohn gesteigert werden müßte, sofern man nur die bisherige Lebenshaltung beibehalten will, so ergeben sich die Folgerungen ganz von selbst. Die starke Familienvermehrung bedeutet das Sinken der Familie unter den proletarischen Stand, die Unterernährung als Wassererschleimung.

Die Erkenntnis dieser furchtbaren Wirkungen wird sich jetzt auch im Proletariat durchsetzen. Keine Buchhausstrafen und keine Traktanden, durch die angebrochenen Schreden der diesseitigen noch der jenseitigen Hölle werden diesen Prozeß aufhalten. Der Junkertribut, den das Volk zu entrichten hat, muß den Rückgang der Volksvermehrung hebeln, weil die von dem schwarzblauen Blod getriebene Buchepolitik im Interesse der Großgrundbesitzer fortwährend die gewerkschaftlich errungene Lohnsteigerung wieder aufzuheben droht. So gestellt sich naturgemäß zum Kampf um höhere Löhne die Einschränkung der Kinderzahl.

Wir stehen erst am Beginn dieses Prozesses. Die soziale Frage von morgen ist der Menschennangel, sofern nicht endlich die Herrschaft der „Mutter und Heiligen“, der Konserwativen und des Zentrums, gestürzt wird.

So heißt die Frage: Will das deutsche Volk Kinder erzeugen, nähren, erziehen — oder züchtet vor, an der Erhaltung schwarzen Junker zugrunde zu gehen?

An die Parteigenossen!

Die Preise für die meisten Lebensmittel sind abermals enorm gestiegen, besonders die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die den Arbeitern den Fleischgenuss geradezu unmöglich macht. Millionen Männer, Frauen und Kinder sind zur Unterernährung gezwungen, die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet.

Durch Mäherden und Viehstehlen können die Preise für Lebensmittel eine natürliche Steigerung erfahren, in Deutschland aber muß immer wieder Protest erhoben werden gegen die brutale Agrarpolitik, die im Interesse der Großgrundbesitzer Gehege geschaffen hat, durch die die Lebensmittelpreise künstlich in die Höhe getrieben werden und dauernd hochgehalten werden sollen. Gegen diese agrarische Politik, die zeitweilig wahre Hungernotpreise im Gefolge hat, gilt es angesichts des jetzt herrschenden Notstandes im ganzen Reich Protest zu erheben und Abhilfe zu fordern.

Wir empfehlen deshalb den Parteioptionen die Verbreitung von aufläuternden Flugchriften und die Einberufung von Volksversammlungen. In diesen Versammlungen muß die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen (unter Beibehaltung wirklicher unerlässlicher Schutzbestimmungen zur Verhütung von Seucheneinbringung) für die Einfuhr von Schlachtvieh verlangt und die Befreiung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschlages, durch die die Einfuhr des Schlachtvieh- und Fleischbeschlages geradezu unmöglich gemacht wird, gefordert werden. Weiter muß die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt werden.

Wir weisen nicht daran, daß die Genossen überall bestrift sein werden, die Versammlungen zu rühmlichen Demonstrationen gegen die agrarische Hauspolitik zu gestalten.

Berlin, den 26. August 1912.

Der Parteivorstand.

Die Teuerung.

Das außerordentlich starke Steigen der Fleischpreise in der letzten Zeit wird durch die „amtlichen Preisberichte“ der letzten Stat. Quart. aufs nachdrücklichste bestätigt. Wegen der zweiten Hälfte des Juli hat in der ersten Hälfte des August der Preis sämtlicher Fleischsorten erheblich zugenommen. Das Rindfleisch stieg im Mittel um 185,1 Pf. in der ersten Hälfte des Juli gegenüber dem Preis der ersten Hälfte des Juli 1911 und um 21,5 Pf. über dem Preis der zweiten Hälfte des Juli 1911. Kalbfleisch hatte einen Preis von 198,7 Pf. gegen 193,4 Pf. in der zweiten Hälfte des Juli. Wegen des August d. J. liegt sein Preis jetzt um 13,1 Pf. gegen den August 1910 um 14,8 Pf. und gegen den August 1909 sogar um 21 Pf. höher. Hammelfleisch stellte sich auf 195,9 Pf. gegen 191,4 Pf. im Juli d. J., 188,5 Pf. im vorigen August, 173,3 Pf. im August 1910 und 169,8 Pf. im August 1909. Das Schweinefleisch endlich stieg sogar gegen die zweite Hälfte des Juli um 7,9 Pf. Es ist jetzt um 27,5 Pf. teurer als im August 1911. In den letzten drei Jahren ist der Preis von Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch um über 20 Proz. gestiegen, Schweinefleisch dagegen im letzten Jahre allein um fast 19 Proz. teurer geworden.

Aus allen Teilen des Reiches treffen Meldungen ein über Preissteigerungen, die zunächst von den Interferenzen, insbesondere den Fleischern, in die Wege geleitet worden sind. Die beiden Fleischereinnahmen in Potsdam veranstalteten eine Versammlung, an welcher Vertreter des Magistrats, der Handelskammer, der Handelskammer, des Gastwirtsvereins und einiger anderer Organisationen teilgenommen haben. In einer Resolution wurde der Magistrat aufgefordert, wegen der enormen Teuerung beim Reichstage vorzutreten zu werden. Man beschloß sich auch auf den Reichstag in Potsdam, und hier wurde allerdings beschlossen, daß an der Durchschleife bei Egonowice die Viehpreise hoch, daß sie dagegen längs des übrigen Teiles der russischen Grenze durchwegs niedrig sind. Es wurde deshalb die Einrichtung einer neuen Viehüberwachungsstelle gefordert und hierzu der Übergang von Kulisch empfohlen. Die Resolution gab außerdem der Regierung den Ausdruck, daß nicht etwa die kleinen Landwirte, sondern lediglich die Agrarier die Schuld an der enormen Teuerung tragen.

In ganz ähnlicher Weise äußerte sich die Fleischereinnahme in Breslau, die auch nur in der Teuerung der Grenzen eine Abhilfe für möglich hält.

In den deutschen Grenzorten läßt die Bevölkerung massenweise über die Grenze, um sich drüben billigeres Fleisch zu holen. So wird eben jetzt wieder dem S. T. aus Karlsruhe berichtet: Infolge der enormen Fleischpreise in Deutschland sieht sich jetzt die holländische Grenzbevölkerung, bis an den Indusdamm des Rheins, veranlaßt, ihren Bedarf im schiefen Grenzhandelsverkehr aus der Schweiz zu beziehen. Obwohl es im Grenzverkehr nicht gestattet ist, mehr als vier Pfund an einmal über die Grenze zu bringen, schält man doch die Menge des zu eingeführten Fleisches auf rund zehn Zentner pro Tag. Ganze Karrenladungen von einfachen Zentern stehen zu Fuß hinter nach den benachbarten schweizerischen Orten, ja viele scheuen nicht einmal die Kosten für eine kurze Bahnfahrt, um von dem billigen Angebot der Schweizer Fleischer zu profitieren. Die Spannung zwischen den dortigen und den diesseitigen Preisen ist aber auch groß genug. So verkauft in diesen Tagen ein Großhändler in Nischen bei Basel argentinisches Fleisch (Schweinefleisch) d. Qualität mit 90 Pf. — 12 Pf. das Pfund, das in gleicher Qualität in Lörach zum Beispiel 1,30 bis 1,50 Pf. kostet. Kein Wunder, daß wiederholt Polizei aufbeboten werden mußte, um unter den wartenden Käufern Ordnung zu halten, und daß Publikum wartete oft Stundenlang, bis der einzelne zum Fleischhand gelangte.

Die Regierung über die Fleischteuerung. Es bleibt wie es ist!

Nachdem der Reichstag einen kaum noch bagatelhaften Höhepunkt erreicht hat, die Regierung in allen Stadien des Reiches groblich gestiegen ist und an die Reichsregierung unabhägige Aufforderungen zum Eingreifen ergegangen sind, beginnt man allmählich auch in den Kreisen der Massen zu erheben und bläulich-schwarze Linien stehen zu lassen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung stellt jetzt der notleidenden Bevölkerung einen hochschätzlichen Artikel über die Fleischteuerung. Der Inhalt ist ganz so, wie man ihn vom gegenwärtigen Regime erwarten durfte. Es geschieht nichts!

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Schlachtviehpreise an unseren Schlachtviehmärkten und die Fleischpreise haben gegenwärtig eine Höhe erreicht, die durch die alljährlich um diese Zeit beobachtete Aufwärtsbewegung nicht ausreißend erklärt werden kann und mit Recht die allgemeine Kaufkraft auf die Entwicklung und die Aussichten unserer Fleischversorgung hinlenkt. Wenn aber die Berliner Fleischereinnahme kürzlich die Preissteigerung für Schlachtvieh aller Gattungen auf eine durchaus ungenügende Verminderung des Schlachtviehmarktes mit schändlichsten Taten hat zurückzuführen wollen, dabei die deutsche Landwirtschaft für unfähig zur Lieferung des erforderlichen Bedarfs an Schlachtvieh erklärt und eine Versäuerung der Verhältnisse nur von der jetzt angeblühenden zum größten Teile durch Anordnungen aller Art unmöglich gemachten Vieheinfuhr aus benachbarten Ländern erwartet, so muß solchen Übertriebungen entgegengetreten werden.

Der Artikel beschäftigt sich dann weiter mit dem speziellen Berliner Marktverhältnissen, um dann zum Schluß zu folgenden Betrachtungen zu gelangen:

Schließlich ist bemerkt, daß die Schlachtvieheinfuhr aus dem Auslande neuerdings Ersleichterungen erfahren hat, insbesondere, abgesehen von der zeitweiligen Öffnung der Grenzen für französisches Schlachtvieh, die allerdings wegen bedrohlichen Unschlächens der Maul- und Klauenseuche in Frankreich wieder haben geschlossen werden muß.

Die Karte planieren, so liegt hier noch mehr nach oben ab, ob sie ihren neuen Grenzverhältnissen entsprechen können. Es ist hin fort wieder ganz in Erwägung, „ausgewählte“ mit einem fremdenblutigen „schlechten“ vom anderen. In allen Teile ein geteilter, nachdem ich in diesem Schloß, wenn innerhalb logisch ist die unvollständige Karte gegeben.